

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sondersitzung des Stadtrates am  
12.02.2014**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 14:00 Uhr bis 17:22 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Teilnahme bis 17:08 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Teilnahme 14:04 Uhr bis 16:31 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE	Teilnahme ab 14:20 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	Teilnahme bis 17:03 Uhr
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Herr René Trömel	DIE LINKE	Teilnahme bis 17:03 Uhr
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE	Teilnahme bis 17:24 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	Teilnahme 14:30 Uhr - 17:03 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	Teilnahme 14:19 Uhr - 16:49 Uhr
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	Teilnahme bis 15:35 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	Teilnahme bis 17:03 Uhr
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Teilnahme bis 17:03 Uhr
Frau Beate Fleischer	FDP	Teilnahme bis 17:06 Uhr
Herr Andreas Hajek	FDP	Teilnahme 15:45 Uhr - 17:06 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	Teilnahme bis 17:06 Uhr
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	Teilnahme bis 15:34 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Martin Bauersfeld	parteilos	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 14:10 Uhr
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 16:23 Uhr
Herr Olaf Sieber	parteilos	
Herr Gerhard Pitsch	NPD	

Herr Egbert Geier	Bürgermeister
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter
Frau Sabine Ernst	Verwaltung
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung
Frau Anja Schneider	Verwaltung
Herr Marco Schreyer	Verwaltung

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Lothar Dieringer	parteilos
Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Uwe Heft	parteilos
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE
Herr Rudenz Schramm	parteilos
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE
Herr Robert Bonan	parteilos
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur Sondersitzung des Stadtrates und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

### **Herr Eberhard Mund zur Verschickung von Grundsteuerbescheiden**

---

**Herr Mund** stellte folgende Fragen zu Grundsteuerbescheiden:

1. Weshalb verschickt die Stadt Halle neue Grundsteuerbescheide für das Jahr 2014, obwohl durch den Stadtrat der Stadt Halle keine Änderung des Hebesatzes für das Jahr 2014 beschlossen wurde und daher die Grundsteuerbescheide und möglicherweise auch die Gewerbesteuerbescheide für die Jahre 2013 und 2014 inhaltlich völlig identisch sind?

Zudem enthalten die Grundsteuerbescheide 2013 ausdrücklich den schriftlichen Hinweis: „Sofern Ihnen in den Folgejahren kein Bescheid zugeht, gilt dieser Bescheid fort“.

Weiterhin merkte **Herr Mund** an, dass auf der Rückseite der Bescheide, Buchstabe b) und c) nachzulesen ist: Buchstabe b) „Ist im Folgejahr die gleiche Grundsteuer wie im Vorjahr zu entrichten, kann sie durch öffentliche Bekanntmachung ohne Bescheidzusendung festgesetzt werden. Mit der öffentlichen Bekanntmachung treten die gleichen Rechtswirkungen ein, wie wenn Ihnen an diesem Tage ein schriftlicher Steuerbescheid zugegangen wäre.“

Unter Buchstabe c) auf der Rückseite des Bescheides heißt es weiter: „Wird zu Beginn eines Jahres weder ein Steuerbescheid übersandt, noch die Veranlagung durch die öffentliche Bekanntmachung ersetzt, sind gemäß § 29 Grundsteuergesetz, zu den bisherigen Fälligkeitstagen Vorauszahlungen in Höhe der zuletzt festgesetzten Beträge zu entrichten. Bei Nichtbeachtung entsteht Verzug“.

2. Wie viel Steuergelder wurden für die Erstellung und den Versand der Grundsteuerbescheide 2014 verbraucht?  
Wer sind die dafür Verantwortlichen und wie erfolgt die Ahndung, sofern hier Steuerverschwendung vorliegt?
3. Wann und wie oft hat der Oberbürgermeister der Stadt bzw. haben die Stadträte der Stadt Halle (Saale) gegenüber dem Land bzw. der Regierung Sachsen-Anhalts das Fehlen bzw. den Erlass einer landesrechtlichen Regelung gemäß § 16 Absatz 5 des Gewerbesteuergesetzes vorgetragen bzw. angemahnt, um dadurch unter anderem die Festsetzung und Änderung der einzelnen oben aufgeführten Hebesätze für die Steuerpflichtigen nachvollziehbar und transparent zu machen und dadurch evtl. Willkür und Maßlosigkeit Grenzen zu setzen?  
Wann ist eine entsprechende Initiative beabsichtigt?

Weiterhin ergänzte **Herr Mund**, dass im § 16 Absatz 5 des Gewerbesteuergesetzes normiert sei und zitierte: „In welchem Verhältnis die Hebesätze für die Grundsteuer der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, für die Grundsteuer der Grundstücke und für die Gewerbesteuer stehen müssen, welche Höchstsätze nicht überschritten werden dürfen und in wie weit mit Genehmigung der Gemeindeaufsichtsbehörde Ausnahmen zugelassen werden können,

bleibt einer landesrechtlichen Regelung vorbehalten“. Diese landesrechtliche Regelung fehle in Sachsen-Anhalt.

Zur Klärung der speziellen Fragen zum Gewerbesteuergesetz lud **Herr Bürgermeister Geier** Herrn Mund zu einem persönlichen Gespräch ein.

Die Verschickung der Bescheide begründete **Herr Bürgermeister Geier** mit der SEPA-Einführung. Damit sollen die neuen SEPA-Kennzahlen der Steuerpflichtigen geklärt und abgefragt werden.

Ansonsten galten in der Vergangenheit die entsprechenden Bescheide, bis sich eine Änderung ergab.

**Herr Mund** erklärte sich mit der Antwort von Herrn Bürgermeister Geier nicht einverstanden und führte aus, dass lediglich ein Grundsteuerbescheid übersandt wurde, ohne Abfragen zu SEPA-Kennzahlen.

**Herr Bürgermeister Geier** sicherte Herrn Mund noch einmal ein persönliches Gespräch in seinen Diensträumen zu seinem Anliegen zu.

Zur Frage bezüglich der Hebesetze nach § 16 informierte er, dass es Orientierungserlasse und bestimmte Festlegungen gäbe, über die bei einer Hebesatzbestimmung eine Gemeinde nicht hinaus gehen darf.

Er werde den Hinweis von Herrn Mund aufnehmen und mit der Kommunalaufsicht dazu kommunizieren.

## **Herr Torsten Fritz zum Verwaltungshandeln**

---

**Herr Fritz** gab den Hinweis, dass er seiner Anfrage mehrere Unterlagen beigefügt habe, in welchen er sich darauf bezieht, warum auf die Frage eines Bürgers die Abwicklung aus den UVG-Urteilen zur Abfallgebührensatzung für das Jahr 2013 ausgesetzt wird und man auf die alten Bescheide setzt.

Die Stadt habe die Urteile zum Anlass nehmen müssen, eine Neuregelung der Satzung vorzunehmen und diese rückwirkend zum 01.01.2013 getroffen. Damit war zu erwarten, im Nachgang die im Bereich des Jahresanfanges 2013 gesetzten Gebührenbescheide zu bearbeiten. Mit dem vorliegenden Schreiben der Stadt werde erklärt, dass dies nicht getan werden dürfe, unter anderem mit der Begründung, dass sich die Bindekraft der Urteile, nur auf die Kläger und die Stadt Halle bezieht.

Nach Ansicht von **Herrn Fritz** werde der Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt, welcher sich aus dem Grundgesetz ergibt.

Ebenso habe die Verwaltung, laut der Satzung, die am 10.07. außer Kraft gesetzt und welche dann neu in Kraft gesetzt wurde im Paragraph 7 jeweils die Möglichkeit, durch verwaltungsbehördliche Handlungen die Gebühren zu verändern.

Es werde jedoch der Anschein erweckt, da kein Widerspruch eingelegt wurde, dass in dieser Angelegenheit nichts mehr zu regeln sei. Damit erklärte er sich nicht einverstanden.

**Herr Fritz** stellte folgende Fragen an Herrn Oberbürgermeister:

1. Glauben Sie, dass in irgendeiner Weise noch eine sachliche Regelung möglich ist? Wenn ja, wie könnte die aussehen?

2. Habe ich Ihr Wort darauf, falls Sie sich entscheiden sollten, darüber nochmal nachzudenken, dass das auch wirklich passiert?

Desweiteren fragte **Herr Fritz** nach den Verfassern der beiden Merkblätter und ob es sich dabei um die Position der Stadtspitze handeln würde.

Vor dem Hintergrund, dass es sich bei dem Anliegen von Herrn Fritz um einen komplexen Rechtsvorgang handelt, lud **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, Herrn Fritz zu einer Klärung seiner Fragen ein, um gemeinsam mit dem Fachbereich Umwelt das Thema noch einmal zu besprechen.

**Herr Fritz** verwies darauf, dass die von ihm gestellten Fragen die anderen ca. 20.000 Behälterinhaber berühre, für die das Jahr 2013 gebühreseitig zu Ende ging, als hätte es die Entscheidung nie gegeben.

Über seinen Fall müsse er sich nicht mehr unterhalten, da dieser abgeschlossen sei. Es gehe um die anderen Bürger, die vermutlich Anträge schreiben und eine gewisse Erwartungshaltung hätten und sich in dieser Regelung nicht wiederfinden dürften.

**Herr Beigeordneter Neumann** wiederholte noch einmal sein Angebot zu einem Gespräch bezüglich seiner dargestellten Angelegenheit.

Daraufhin merkte **Herr Fritz** an, dass er die Öffentlichkeit bevorzuge.

## **Herr Peter Schäffner zum Bebauungsplan 162**

---

**Herr Schäffner** informierte darüber, dass er am 27.11.2013 eine Anfrage zum Bebauungsplan 162 bezüglich des Beweissicherungsverfahrens gestellt und Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, eine schriftliche Stellungnahme zugesagt habe.

Diese Stellungnahme wurde noch einmal am 18.12.2013 durch Herrn Härtig angesprochen, es liege aber bis heute noch immer keine Antwort der Verwaltung vor.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, sicherte eine schriftliche Beantwortung der Anfragen bis spätestens nächste Woche zu.

## **Frau Dorothea Dunst zum Hochwasserschutz**

---

**Frau Dunst** informierte, dass sie eine vom Hochwasser Betroffene am Ratswerder sei und fragte in diesem Zusammenhang an:

1. Welche Maßnahmen müssten eingeleitet werden, um eine Prognose für künftige Hochwasserereignisse der Saale zu ermöglichen?
2. Welche Polder und Siele sind als Überflutungsflächen in der Diskussion und welche Entlastung kann erwartet werden?
3. Welche Maßnahmen des Hochwasserschutzes sind nun für das Ratswerdergebiet geplant?
4. Wie kann man wirksam den Talsperrenbetrieb und den Hochwasserschutz koordinieren, um Doppelspitzen im Hochwasserabfluss zu vermeiden?
5. Ist das Abpumpen von Saalewasser nach Ausuferung in Wohngebieten künftig fester Bestandteil der kommunal organisierten Aufräumarbeiten?

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, lud Frau Dunst zu einem Gespräch zur Beantwortung der von ihr gestellten Fragen ein.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** ergänzte, dass mit Blick auf die Talsperren länderübergreifend eine Vereinbarung vorbereitet wird.

Zum Schutz Ratswerder habe man 2012 sehr umfangreich im Hinblick auf Eigenschutz und Selbstschutz kommuniziert. In Zukunft sei in diesem Gebiet auch eine Sandsackabfüllstation vorgesehen.

Das Abpumpen von Saalewasser wurde im Zuge der Aufräumarbeiten durchgeführt und die Stadt unterstütze auch in Zukunft die betroffenen Einwohner bei Aufräumarbeiten.

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die Sondersitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des **Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 43 Mitglieder des Stadtrates (76,79 %) anwesend.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, fragte nach, weshalb der Beschluss zur Einbringung einer Beschlussvorlage zum Thema der Festlegungen des Umfangs des Verhandlungsmandates nicht umgesetzt wurde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies darauf, dass eine Informationsvorlage dazu vorliege.

Durch **Herrn Wolter** wurde noch einmal darauf hingewiesen, dass über eine Informationsvorlage nicht umfassend diskutiert und auch kein Beschluss gefasst werden könne. Deshalb finde er es richtig, dass die Fraktion DIE LINKE eine Dringlichkeitsvorlage zu diesem Thema vorbereitet hat.

**Herr Bartl** äußerte sich dahingehend, dass er dafür geworben habe, durch die Fraktionen einen Antrag stellen zu lassen, der auch mit Änderungsanträgen verbunden werden könne, um zu einem Beschluss zu kommen.

Bei der Feststellung zur Tagesordnung müsse dies berücksichtigt werden und durch den Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE gäbe es die Möglichkeit, ein Verhandlungsmandat für den Oberbürgermeister zu erstellen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** stellte noch einmal klar, dass im Beschluss des Rates keine Beschlussvorlage gefordert worden ist.

**Herr Wolter** hielt die Interpretation von Herrn Oberbürgermeister zur Beschlusslage für falsch, da man davon ausgegangen sei, dass eine Vorlage mit unterschiedlichen Varianten eingebracht und darüber diskutiert werden sollte.

Dazu teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass er mehrere Lösungen vorgeschlagen habe, mit denen gearbeitet werden könne. Es sei jetzt die Angelegenheit des Stadtrates, dem Oberbürgermeister ein Verhandlungsmandat aufzugeben.

## zu 2      **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte darüber, dass keine Tagesordnungspunkte abgesetzt werden müssen.

Nachfolgende Anträge sollen auf die Tagesordnung gesetzt werden:

6.1.1      Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2013/2014, V/2014/12414  
Vorlage: V/2014/12530

und

8.1      Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) sowie MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Verhandlungsmandat des Oberbürgermeisters zur strukturellen Weiterentwicklung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
Vorlage: V/2014/12534

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE** unterstützte die Ausführungen von Herrn Wolter und verwies darauf, dass die Sondersitzung dazu dienen soll, einen Beschluss zu fassen, mit dem der Oberbürgermeister in den Verhandlungen auf Landesebene umgehen könne.

Auch seine Fraktion war nach der letzten Stadtratssitzung davon ausgegangen, dass eine Beschlussvorlage durch den Oberbürgermeister vorgelegt wird. Aus diesem Grund hätte keine Informationsvorlage, sondern eine Beschlussvorlage eingereicht werden müssen, um darüber abzustimmen zu können.

Desweiteren wies er darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt zum Wirtschaftsplan der TOO auf die Sondersitzung verschoben wurde, um die Thematik insgesamt zu betrachten. Man habe erwartet, dass der Oberbürgermeister seine Position in schriftlicher Form dazu äußert und ein Beschlussvorschlag vorgelegt wird.

Zur Begründung des Dringlichkeitsantrages merkte **Herr Dr. Meerheim** an, dass damit eine Beschlussvorlage vorliege, über welche nach ausführlicher Diskussion abgestimmt und ein Beschluss herbeigeführt werden kann. Er hoffe, die Fraktionen des Stadtrates können dem so folgen und zustimmen.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung des Dringlichkeitsantrages.

<b><u>Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:</u></b>	<b>mit mehr als 2/3 Mehrheit</b>
<b>Vorlage: V/2014/12534</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>

Damit wird der Dringlichkeitsantrag unter dem Tagesordnungspunkt 8.1 behandelt.

**Herr Bartl** gab bekannt, dass Frau Kirsten Sommer in der heutigen Stadtratssitzung als Protokollführerin ernannt ist und bat um Bestätigung durch Handzeichen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.



**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 29.01.2014 gefassten Beschlüsse
5. Bericht des Oberbürgermeisters zur wirtschaftlichen Situation der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
6. Beschlussvorlagen
  - 6.1 Überarbeiteter Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2013/2014  
Vorlage: V/2014/12414
    - 6.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2013/2014, V/2014/12414  
Vorlage: V/2014/12530
7. Wiedervorlage
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 8.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) sowie MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Verhandlungsmandat des Oberbürgermeisters zur strukturellen Weiterentwicklung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle  
Vorlage: V/2014/12534
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  - 9.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Stellplatzsituation im Gesundbrunnenviertel  
Vorlage: V/2013/12171
  - 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Rettungskonzept an der ICE-Strecke Halle-Erfurt  
Vorlage: V/2013/12314
  - 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu den Planungen der Stadt zur Verbesserung des Hochwasserschutzes  
Vorlage: V/2013/12315

- 9.4 Anfrage des Stadtrates Raik Müller (CDU) zum Zustand des Hechtgrabens in Dölau  
Vorlage: V/2013/12253
- 9.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Parkkonzept am Stadion  
"Erdgas Sportpark"  
Vorlage: V/2013/12278
- 9.6 Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Bebauungsplan Nr. 158  
"Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" (Vorlagen-Nr.: V/2013/11896)  
Vorlage: V/2013/12174
- 9.7 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Verkehrsführung am August-Bebel-Platz  
Vorlage: V/2013/12276
- 9.8 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zum Raumkonzept des FB 24  
Vorlage: V/2013/12284
- 9.9 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Grund- und  
Schichtwassersituation Halle/Seeben  
Vorlage: V/2013/12312
- 9.10 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Online-Katalog der Stadtbibliothek  
Halle  
Vorlage: V/2013/12301
- 9.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Umfang und Kosten des Projektes  
"Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee"  
Vorlage: V/2013/12302
- 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Halle-Pass  
Vorlage: V/2013/12303
- 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Laubsaugern und Laubbläsern  
Vorlage: V/2013/12304
- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand Breitbandverfügbarkeit und  
-ausbau  
Vorlage: V/2013/12305
- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu in den Jahren 2011 und 2012 in  
Auftrag gegebenen Gutachterleistungen  
Vorlage: V/2013/12306
- 9.16 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Übereinstimmung des geplanten Bauvorhabens  
im Rahmen des Bebauungsplanverfahren 162 mit der Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt  
Vorlage: V/2013/12184
- 9.17 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zum geplanten Bauvorhaben im Geltungsbereich des  
Bebauungsplanverfahrens 162 im Vergleich zu einem GWG-Projekt am Hubertusplatz  
Vorlage: V/2013/12182
- 9.18 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Verwertung des Grundstücks im Geltungsbereich  
des Bebauungsplanverfahrens 162 im Heideweg  
Vorlage: V/2013/12180

- 9.19 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu einem Beweissicherungsverfahren im Rahmen der Abrissarbeiten und späterer Baumaßnahmen im Geltungsbereich des Bebauungsplanverfahrens 162 im Heideweg  
Vorlage: V/2013/12179
- 9.20 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu in Bearbeitung befindlichen Bebauungsplänen  
Vorlage: V/2013/12178
- 9.21 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zum Einsatz von Straßenborden  
Vorlage: V/2013/12308
- 9.22 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Führung des Radverkehrs in der Heideallee  
Vorlage: V/2013/12309
- 9.23 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu Vorgaben der HAVAG zu einzuhaltenden Abständen der Straßenbahnen zu Fahrrädern und Beachtung der StVO  
Vorlage: V/2013/12310
- 9.24 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Finanzierung des Fußwegebaus zwischen der Haltestelle Am Heidensee und dem Gleisübergang  
Vorlage: V/2013/12311
- 9.25 Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Sicht der Verwaltung auf die weitere Vorgehensweise im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens 162  
Vorlage: V/2013/12316
- 9.26 Anfrage der CDU-Fraktion zum Bürgerhaushalt  
Vorlage: V/2014/12380
- 9.27 Anfrage der CDU-Fraktion zum Osendorfer See  
Vorlage: V/2014/12381
- 9.28 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße  
Vorlage: V/2014/12382
- 9.29 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu Spontanpartys in Halle (Saale)  
Vorlage: V/2013/12376
- 9.30 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Vorlagen-Nr.: V/2013/11898 – Sitzung des Stadtrates vom 27.11.2013  
  
-Anpassung und Neuausweisung der räumlichen Schwerpunkte (Fördergebiete) zur Gebäudesicherung an den Programmfortschritt sowie Verlängerung des Förderzeitraumes für diese Schwerpunktbereiche-  
Vorlage: V/2014/12385
- 9.31 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Nutzungsverträgen für Garagengemeinschaften  
Vorlage: V/2013/12364
- 9.32 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur neuen Ampelanlage am Riebeckplatz  
Vorlage: V/2013/12365

- 9.33 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Halle  
Vorlage: V/2013/12366
- 9.34 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Kosten der Unterkunft  
Vorlage: V/2013/12367
- 9.35 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung des Halle-Passes  
Vorlage: V/2014/12403
- 9.36 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) (Vorlage: V/2013/11777)  
Vorlage: V/2014/12404
- 9.37 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM) zum Neubau eines Katastrophenschutzentrums  
Vorlage: V/2014/12394
- 9.38 Anfrage des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zur Geschäftsordnung des Stadtrates  
Vorlage: V/2014/12391
- 9.39 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Straßenraum  
Vorlage: V/2014/12389
- 9.40 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Planetarium auf der Peißnitzinsel  
Vorlage: V/2014/12393
- 9.41 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Bereich der Hochwasserschutzanlage Gimritzer Damm  
Vorlage: V/2014/12397
- 9.42 Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Schule am Niedersachsenplatz  
Vorlage: V/2014/12399
10. Mitteilungen
11. mündliche Anfragen von Stadträten
12. Anregungen
13. Anträge auf Akteneinsicht

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

Es lag noch keine Niederschrift vor.

**zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 29.01.2014 gefassten Beschlüsse**

---

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte über folgende in der Stadtratssitzung am 29.01.2014 in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse:

**zu 4.1 Wirtschaftsplan 2014 der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH und Klage gegen den Bescheid des Landesrechnungshofes  
Vorlage: V/2013/12353**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**zugestimmt**

**Einzelpunktabstimmung**

**B.-Punkt 1: mehrheitlich abgelehnt**

**B.-Punkt 2: mehrheitlich zugestimmt**

**geänderter Beschluss:**

Der Oberbürgermeister empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

- ~~1. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, in der Gesellschafterversammlung der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH (HWG) den Wirtschaftsplan 2014 mit einer Ausschüttung an die Stadt in Höhe von 5,0 Millionen Euro zu bestätigen.~~
2. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, den Geschäftsführer der HWG anzuweisen, Klage gegen den Bescheid des Landesrechnungshofes vom 4.12.2013 (Zeichen: 41-04311/02000) einzulegen.

**zu 4.2 Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung der Bio-Zentrum Halle GmbH  
Vorlage: V/2014/12406**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

**Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Bio-Zentrum Halle GmbH am 18. Dezember 2013 zu folgendem Beschluss:**

1. Unter Bezugnahme auf § 6 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der Bio-Zentrum Halle GmbH wird Herr Prof. Dr. Ing. Wolfgang Lukas mit Wirkung zum 31.12.2013 als Geschäftsführer der Gesellschaft abberufen.
2. Unter Bezugnahme auf § 6 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der Bio-Zentrum Halle GmbH wird Herr Dr. Ulf-Marten Schmieder mit Wirkung ab 01.01.2014 zum Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt.

**zu 4.3 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2013 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin**  
**Vorlage: V/2013/12355**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin am 03. Dezember 2013 zu folgendem Beschluss:

Die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Henschke & Partner GbR aus Halle (Saale) wird zum Abschlussprüfer der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin für das Geschäftsjahr 2013 bestellt.

**zu 4.5 Pachtvertrag zur Betreuung und Bewirtschaftung des Naturbades Heidensee**  
**Vorlage: V/2013/12210**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**geänderter Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Vergabe des Pachtvertrages zur Betreuung und Bewirtschaftung des Naturbades Heidensee an die **Heidebad GmbH** ab dem 01.04.2014 bis zum 31.03.2019 mit 6 Optionen auf Vertragsverlängerung ~~um jeweils weitere 2 Jahre~~ **bis längstens zum 31.03.2031**.
2. Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister, eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen.

**zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters zur wirtschaftlichen Situation der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** berichtete anhand einer Präsentation über die Geschehnisse in den letzten Wochen, die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle betreffend.

In den letzten Monaten habe man im Hinblick auf die Strukturierung der TOO sehr intensiv gearbeitet. Es werde angestrebt, einen neuen fünfjährigen Vertrag mit dem Land abzuschließen, um Planungssicherheit zu haben.

Er erinnerte daran, dass das Jahr 2013 ein Adapterjahr war und das Land nur vorübergehend für ein Jahr den Vertrag verlängert habe – wohlwissend, dass die Finanzierungsfähigkeit der TOO zu sichern ist. Allen war bewusst, dass spätestens im Jahr 2014 die TOO nicht mehr zahlungsfähig ist und der Stadtrat sich diesbezüglich damit zu beschäftigen hat.

In diesem Zusammenhang sei es dringend erforderlich gewesen, eine Neustrukturierung vorzunehmen, welche jetzt vorliege und mit Alternativen vorgestellt wird. Sie steht unter dem Vorbehalt des Haushaltsausgleiches und gewährleistet eine langfristige Aufstellung der TOO und damit eine gesicherte Zukunft.

Die vorliegenden Zahlen bilden die Grundlage dafür, zum jetzigen Zeitpunkt für die nächsten fünf bis acht Jahre den Haushaltsausgleich weiter zu gewährleisten.

In der Diskussion mit dem Geschäftsführer der TOO und den Intendanten wurde die Variante Haustarif als Vorzugsvariante herausgearbeitet. Die Zahlungen des Landes sind noch unklar und werden sich in den Verhandlungen und Gesprächen ergeben.

Darüber hinaus machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** deutlich, dass auch für das Thalia-Gebäude neue Entwicklungschancen gesehen werden und versucht wird, dieses in das Gesamtstrukturkonzept einzubinden.

In der Präsentation (Anlage 1) wurden die einzelnen Varianten gegenübergestellt und die Kosten ausgewiesen.

Die Darstellung mache ersichtlich, dass der Flächentarifvertrag ab 2018/2019 wirtschaftlicher wäre.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** erklärte, die Kultur sei unter diesen Gegebenheiten weiterhin das Aushängeschild der Stadt. Mit den vorgelegten Varianten sei man wirtschaftlich für lange Jahre sinnvoll aufgestellt.

Auch halte er es für selbstverständlich, nach den Gesprächen beim Kultusministerium die Verhandlungsergebnisse innerhalb des Stadtrates vorzustellen und wiederum darüber zu diskutieren. Letztendlich werde es auch vom Land noch keine verbindlichen Zusagen geben können, da der Minister die Gesprächsinhalte und Verhandlungsmöglichkeiten zunächst in den Kulturausschuss und anschließend in den Finanzausschuss einbringen muss, wo entsprechend des Landtagsbeschlusses darüber zu beschließen ist.

**Auf die Nachfrage von Frau. Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, wann die Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters erfolgen wird, merkte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** an, dass jederzeit über den Bericht diskutiert werden könne und er davon ausgegangen sei, dass die Sondersitzung zum gegenseitigen Austausch genutzt werden soll.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, schlug vor, bei der Behandlung zum TOP 8.1 über den Bericht des Oberbürgermeisters zu diskutieren.

## zu 6      **Beschlussvorlagen**

---

### zu 6.1      **Überarbeiteter Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2013/2014 Vorlage: V/2014/12414**

---

#### zu 6.1.1    **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2013/2014, V/2014/12414 Vorlage: V/2014/12530**

---

Zum vorliegenden Wirtschaftsplan machte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, darauf aufmerksam, dass in der Bilanz eine ausgewiesene Forderung gegenüber der Stadt in Höhe von 413 T€ aufgeführt und für die nächsten fünf Jahre fortgeschrieben wird.

In der alten Planung vom Juli gäbe es allerdings ab 2015 keine Forderung von 413 T€.

Da die Forderungen offensichtlich berechtigt sind, fragte **Herr Dr. Meerheim** an, wann die Stadt die Forderung bedienen wolle.

**Herr Bürgermeister Geier** führte dazu aus, dass die Summe entsprechend bilanziell berücksichtigt wurde.

Der Grund dafür, dass es von der Stadt noch nicht ausgeglichen wurde, liege daran, wann es von der Geschäftsleitung der TOO GmbH abgefordert wurde. Diese Abforderung sei erst vor kurzem erfolgt und die Stadt komme selbstverständlich jetzt ihrer Verpflichtung nach.

**Herr Dr. Meerheim** verwies darauf, dass seine Fraktion dem vorliegenden Wirtschaftsplan nur unter der Voraussetzung zustimmen könne, wenn eine Korrektur erfolgt, da es auch wichtig für die Liquidität der Gesellschaft sei.

Zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion merkte **Herr Dr. Meerheim** an, dass dieser zwar gut gemeint sei, aber die Begründung der Zuschusszahlung nicht mehr vorliege, weil die 408 T€ subsummiert sind durch geringere Personalkosten gegenüber der alten Wirtschaftsplanung.

Im Übrigen bleibe der Fehlbetrag gegenüber der alten Wirtschaftsplanung in Höhe von 592 T€ derselbe, wie in der Vorlage vom Juli.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, nahm Bezug auf die Ausführungen von Herrn Dr. Meerheim und erklärte, dass die Stadt einen ausgeglichenen Haushalt habe und eine Deckung für diese Mehrausgabe vorliege und im Finanzausschuss mit einer überplanmäßigen Ausgabe beschlossen werden müsste. Dann sei es auch möglich, den alten Wirtschaftsplan zu beschließen und in kraftzusetzen.

Sollte der Geschäftsführer der TOO GmbH öffentlich darstellen, dass er auch ohne den Zuschuss in Höhe von 408 T€ auskommen wird, werde seine Fraktion den Antrag zurückziehen.

**Herr Stiska, Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH**, bezog sich in seinen Ausführungen auf die Anfrage von Herrn Dr. Meerheim und teilte mit, dass die TOO seit Jahren die Forderung gegenüber der Stadt hatte. In den letzten Monaten habe man sich jedoch mit der Stadt darauf geeinigt und die Forderung werde beglichen.

Insofern habe sich die Forderung für die Folgejahre erledigt und die TOO damit an Liquidität gewonnen.



Bezüglich des Änderungsantrages der CDU-Fraktion über die Zuschusszahlung von 408 T€ merkte **Herr Stiska** an, dass man aufgrund eines Rechtsstreites zwischen dem Deutschen Bühnenverein und der Deutsche Orchestervereinigung seit 2011 die Tarifierhöhungen bei den Musikern nicht mitgegangen sei und Rückstellungen gebildet habe. Diese Rückstellungen sind nicht in Gänze zur Auszahlung gekommen, da nach der tariflichen Einigung die Nachzahlungen niedriger ausfallen sind.

Somit habe die TOO eine Summe von rund 300 T€ eingespart und sei in der Lage, das vorhandene Finanzloch weitestgehend zu schließen und komme mit den im neu eingereichten Wirtschaftsplan enthaltenen Summen aus.

**Herr Bönisch** erklärte daraufhin, dass seine Fraktion den Änderungsantrag zurückziehe, wenn abgesichert sei, dass nicht auf andere Rücklagen zurückgegriffen werde, um den laufenden Geschäftsbetrieb aufrecht zu erhalten.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2013/2014, V/2014/12414  
Vorlage: V/2014/12530**

---

**Abstimmungsergebnis:** zurückgezogen  
durch Antragsteller

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Wirtschaftsplan der TOO GmbH Halle wird in der Fassung und Beschlussfassung vom 25. 9. 2013, V/2013/11687, wieder eingesetzt.
2. Die Mehrausgaben von 408 T€ werden als überplanmäßige Ausgabe im Haushalt dargestellt.

**zu 6.1 Überarbeiteter Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2013/2014  
Vorlage: V/2014/12414**

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgenden Beschluss zu fassen:

**Der überarbeitete Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Wirtschaftsjahr vom 01.08.2013 bis zum 31.07.2014 mit einem von der Gesellschaft um 408 TEUR auf 32.600 TEUR abgesenkten Zuschussbedarf wird beschlossen.**

Auf Nachfrage von Herrn Bönisch, aus welcher Haushaltsstelle die Verbindlichkeit gegenüber der TOO GmbH ausgeglichen wird, teilte **Herr Bürgermeister Geier** mit, dass es eine Rückstellung in der Bilanz gäbe, welche an die TOO GmbH zugeführt wird. Haushaltsauswirkungen gäbe es keine und die Stadt habe keine zusätzliche Belastung im Ergebnishaushalt.

## zu 7      **Wiedervorlage**

---

Es lagen keine Wiedervorlagen vor.

## zu 8      **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### zu 8.1      **Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) sowie MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Verhandlungsmandat des Oberbürgermeisters zur strukturellen Weiterentwicklung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle** **Vorlage: V/2014/12534**

---

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, nahm Bezug auf den Bericht des Oberbürgermeisters und erklärte, dass bei den vorgestellten Varianten die Jahre 2018/2019 kritisch zu sehen sind.

Bei der Variante Haustarifvertrag sollen die Verträge für alle verlängert werden. Sie schlug vor, eine zusätzliche Variante dahingehend zu prüfen, die bestehenden Haustarifverträge zu harmonisieren und bis 2018 laufen zu lassen. Danach gäbe es die Möglichkeit einer weiteren Betrachtung.

Sie merkte weiter dazu an, dass zwar die Variante Flächentarifvertrag genau durchgerechnet wurde, aber bei der Variante Haustarifvertrag noch viele Fragen offen sind, weil nicht klar sei, ob es Möglichkeiten für Landeszuschüsse aus dem Strukturanpassungsfond gäbe.

Abschließend bat sie um eine Äußerung zu ihrem Vorschlag der Harmonisierung der Haustarifverträge, mit der Möglichkeit, 2018 die Struktur in der TOO insgesamt zu überprüfen.

**Herr Rauschenbach, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH**, verwies auf das vorliegende Papier, in welchem in der Variante Haustarifverträge aufgeführt wird, dass die Haustarifverträge zeitlich verknüpft und bis zum Jahr 2019 verlängert werden sollen. Damit habe man die von Frau Dr. Wünscher vorgeschlagene Vorgehensweise schon dargestellt.

Bezogen auf die verschiedenen Varianten äußerte sich **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, dahingehend, dass seine Fraktion zur Variante 2, Fortsetzung der Haustarifverträge bis 2019 und dann Einstieg in den Flächentarifvertrag, tendiere.

Es stelle sich aber noch die Frage, ob bei dem etwas größeren Stellenabbau im Sprechtheater, im Bereich Solisten, Tänzer, Schauspieler die Sparten, die diese Bereiche abdecken, noch qualitativ gut aufgestellt sind.

Ebenso müsse geklärt werden, um welche Minderausgaben in Höhe von 2 Mio. Euro es sich handelt bei der Variante der Haustarifverträge.

**Herr Dr. Meerheim** machte weiterhin deutlich, dass bei einer Entscheidung zur Variante 2 beim Land ebenfalls die Forderung nach Strukturangepassungskosten aufgemacht werden müsse und die Kosten, wie bei Variante 1, mit einzurechnen sind und eine Verhandlungsbasis zu haben.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wies darauf hin, dass er in seinem Bericht schon deutlich gemacht habe, dass alle vorliegenden Varianten gemeinsam besprochen worden sind.

**Herr Stiska, Geschäftsführer Theater, Oper und Orchester GmbH**, ergänzte, dass er in Folge der gegebenen Not und den Geboten gezwungen sei, das Personal von 532 auf 419 zu reduzieren.

Bezüglich der Varianten 1 und 2 erklärte er, dass sich diese nicht in der Zielstellung selbst unterscheiden, sondern in den unterschiedlichen Wegen dahin.

Zur Anzahl der Schauspieler führte er aus, dass er es für machbar halte, in Zukunft mit einer Schauspielerzahl von 26 zu arbeiten. Er halte es auch für möglich, eine Trennung zu machen zwischen einem nt-Ensemble mit 18 Schauspielern und einem Thalia-Ensemble von acht Schauspielern, die andererseits aber in der gemeinsamen Arbeit durchmischt werden.

Desweiteren wies er auf die verschiedenen Verfahrensweisen hin und merkte an, dass es bei Kündigungen nach Auslaufen des Haustarifvertrages 2015 für dieses Personal durch die Sozialauswahl die jüngeren Kollegen treffe und damit kein gut durchmischt Ensemble vorhanden wäre.

Wird jedoch eine Lösung über Haustarife favorisiert, ist man nicht genötigt, den Schritt der Reduzierung sofort zu gehen, sondern es könnte ein sanfter Übergang geschaffen werden.

Sollten die Haustarifverträge plus Ausscheiden über Abfindungen beschlossen werden, würde es bedeuten, dass man mit einem reduzierten Ensemble schrittweise zu einem leistungsfähigen Ensemble komme.

**Herr Dr. Meerheim** fragte an, ob es nicht praktischer wäre, Budgets zu verteilen und es den künstlerischen Leitern zu überlassen, wie sie diese Budgets inhaltlich verteilen.

**Herr Stiska** gab den Hinweis, dass man erst einmal Rechengrößen brauche und er davon ausgehe, dass man dann im Gesamtrahmen und im zur Verfügung stehenden Volumen sehr variabel und flexibel arbeiten könne.

**Herr Rauschenbach** ergänzte, dass in der Variante Haustarifvertrag keine Dynamisierung und keine Strukturangepassung vom Land eingerechnet wurde, weil bisher die Aussage bestand, dass das nach Auslegung des Kultusministeriums keine Strukturangepassung sei.

Bezüglich der von Herrn Dr. Meerheim angesprochenen 2 Mio. Euro erklärte er, dass es für jede Variante einen detailliert ausgearbeiteten Wirtschaftsplan gäbe. Daraus sei erkennbar, dass es in den Jahren, wo auf freiwilliger Basis 35 Mitarbeiter über Abfindungen und Rentenmodell verabschiedet werden sollen, zusätzliche Haushaltsbelastungen auftreten werden. Diese Zuflüsse würden insbesondere in den Jahren 2016 und 2017 stattfinden und nach Ausscheiden der Mitarbeiter hätte man im Jahr 2018 mit einem mal einen Effekt in den Personalkosten.

Die Personalkosten würden nach unten gehen und es gelänge kurzfristig den Zuschuss zu senken, welcher jedoch in den Folgejahren durch die allgemeine Personalkostensteigerung wieder eingeholt wird.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wies darauf hin, dass man nur zwischen den Varianten 1 und 2 entscheiden könne und sie stellte die Frage, ob bei Beschluss einer der beiden Varianten der Oberbürgermeister noch Möglichkeiten für Verhandlungen darüber hinausgehend hätte.

Anknüpfend an die Aussagen von Herrn Dr. Meerheim, die qualitative Umsetzung betreffend, merkte sie an, dass man bei einer Beschlussfassung aus ihrer Sicht unter die kritische Anzahl eines Ensembles gehe. Insofern sei der Vorschlag mit der Budgetierung eine interessante Variante.

Ihre Fraktion sehe sich heute nicht abstimmungsfähig, weil man beschließen würde, ein Ensemble um ein Drittel zu kürzen und sie nicht glauben, dass künstlerische Leiter mit solchen Teams arbeiten können.

Auch sei man überfordert und der Auffassung, dass eine ausführliche Diskussionen dazu im Aufsichtsrat geführt werden müsse und nicht im Stadtrat.

Grundsätzlich gehe es aber darum, dass ihre Fraktion nichts beschließen wolle, worauf sie in zwei Jahren noch festgelegt werden könnten.

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, merkte zur momentanen Situation der TOO an, dass Strukturänderungen notwendig seien, um die TOO weiter zu erhalten.

Zum einen gäbe es die Variante des Landes mit dem Abschluss eines Flächentarifvertrages und Übernahme der Kosten über den Strukturausgleichsfond. Auf der anderen Seite halte man an dem Haustarifvertrag fest, um eine möglichst milde Form der Strukturanpassung hinzubekommen, was letztendlich kommunal die teurere Variante ist.

Bezüglich der Verhandlungen mit dem Land wies **Herr Dr. Wend** darauf hin, dass Herr Oberbürgermeister versuchen sollte, maximale Zuwendungen aus dem Ausgleichsfond zu bekommen, so dass darüber Abfindungen u. a. gezahlt werden können, um andererseits nicht zu viele Arbeitsplätze auf Kosten der Konsolidierung opfern zu müssen.

**Frau Ewert, SPD-Fraktion**, war der Meinung, dass das Land sich kaum beeindrucken lassen wird, von dem, was heute als Stadtratsbeschluss oder als Empfehlung ausgesprochen werde. Herr Oberbürgermeister müsse unbeeinflusst in die Verhandlungen eintreten und das bestmögliche Ergebnis für die TOO herauszuholen.

Weiterhin brachte sie ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass Herr Oberbürgermeister nach der Aufsichtsratssitzung gegenüber der Presse über eine Vorzugsvariante gesprochen habe.

Desweiteren würden auch die Tarifpartner eine wichtige Rolle spielen und man könne jetzt noch nicht wissen, was wirklich verhandelt wird und was dabei herauskommt.

In diesem Zusammenhang sei es schwierig, sich heute in irgendeiner Weise festzulegen und es wäre gut, das Verhandlungsergebnis des Landes auf dem Tisch zu haben, um sich damit auseinanderzusetzen.

Sie bezweifle, dass eine Abstimmung notwendig sei und unterstelle dem Oberbürgermeister, dass er das Interesse habe, die Tendenz der heutigen Diskussion aufzunehmen und damit in die Verhandlungen mit dem Land zu gehen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, stellte anhand des vorliegenden Papiers die Frage nach der Zielzahl. Anhand der Unterlagen werde von 419 Stellen ausgegangen und er fragte an, ob das die Zahl sei, die Herr Oberbürgermeister als Auftrag für die Verhandlungen mit dem Land mitgegeben werde.

Im Moment werde von 450 Vollzeitstellen in der TOO gesprochen und beim vorgeschlagenen Flächentarifvertrag käme man auf eine Zielzahl von 444 und mit Vollzeitstellen unter 400.

Von der Leistungsfähigkeit sei der Haustarifvertrag damit auf jeden Fall schlechter.

Da das Problem nicht verschoben werden soll, wolle man zum Flächentarif zurück, um schnellstmöglich Sicherheit und Klarheit für die TOO herzustellen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies darauf, dass die in der Presse und in seinem Bericht genannte Vorzugsvariante gemeinsam mit dem Geschäftsführer und den Intendanten abgestimmt wurde.

Die Rückfragen von Herrn Wolter beantwortete **Herr Stiska** dahingehend, dass es bei der Leistungen Einbußen geben wird, wenn es zu einer Reduzierung des Personals komme, da nicht mehr solche großen Produktionen gespielt werden können. Aber mit Einschränkungen sei es machbar.

Beim Flächentarif gewinne man 10 % Arbeitsvermögen dazu, was sich in den Vorstellungszahlen ausdrücken wird, aber im Moment noch nicht abrufbar sei, was damit zusammenhängt, wie viel Inszenierungen gemacht werden.

Nach wie vor werde man ein Fünf-Sparten-Angebot mit einer mengenmäßigen Verringerung und mit qualitativen Einbußen haben, aber es werde weiterhin hochwertiges, künstlerisch anspruchsvolles Theater in der Stadt Halle geben.

Beim Orchester stelle sich die Situation so dar, dass es von gegenwärtig 140 Musikern eine Verringerung auf 99 geben wird und dann kein Parallelbetrieb mehr gewährleistet werden kann. Das heißt, es werde weniger Konzerte oder weniger Musiktheater oder von jedem ein bisschen weniger geben.

**Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, erklärte, dass er die Zielzahl von 419 beim Flächentarifvertrag nachvollziehen könne.

Bei der Fortführung der Haustarifverträge gehe man im Jahr 2019 von 459 und im Jahr 2022 von 444 aus.

Aus seiner Sicht habe man auch bei Fortführung der Haustarifverträge und Überführung in den Flächentarif einen Personalüberhang, was die erheblichen Kostenunterschiede erklären würde und bisher kein Konzept dazu erkennbar ist, wie 2019 bei der Haustarifvariante die dann notwendigen Kündigungen vollzogen werden sollen.

Das führe dazu, dass es bei der Haustarifvariante spätestens ab 2019 ein Problem gäbe, für welches keine Lösungsvariante dargestellt ist.

Herr Häder regte die Überlegung an, möglichst schnell in den Flächentarif zu kommen und mit den Mitarbeitern über verschiedene Arbeitszeitmodelle zu reden und mit ihnen verträgliche Vereinbarungen zu treffen. Bei Teilzeitbeschäftigungen wäre es dann möglich, mehr Mitarbeiter zu beschäftigen als Vollzeitstellen vorhanden sind.

Ebenfalls sei zu überlegen, den Mitarbeitern Teilzeitarbeit anzubieten und mit Strukturanpassungsmitteln des Landes Einmalzahlungen an die entsprechenden Mitarbeiter zu leisten.

**Herr Rauschenbach** machte noch einmal deutlich, dass bei der Variante Haustarifvertrag unterstellt ist, dass der Vertrag 2019 ausläuft und man dann in den Flächentarifvertrag springt.

Da nicht bekannt sei, wie die Vertragssituation mit dem Land nach dem Fünfjahresvertragszeitraum aussehen wird, wären alle Planungen eine Annahme gewesen. Deshalb habe man klar gesagt, dass die Haustarifverträge bis 2019 verlängert und synchronisiert werden und danach gehe man in den Flächentarifvertrag.

**Herr Bönisch CDU-Fraktion**, äußerte sich dahingehend, dass die zwei vorgelegten Varianten in der Darstellung nicht aussagekräftig genug sind, da beispielsweise die Frage der Vollzeitstellen nicht deutlich erkennbar ist und man nicht genau wisse, was hinter den Personen steckt.

Aus seiner Sicht sei keine Empfehlung an Herrn Oberbürgermeister zu geben, sondern er sollte die Variante Haustarifverträge beim Land vertreten und beim Ministerium dafür werben, dass dies ein legitimes Mittel für Strukturanpassungen ist.

**Herr Bönisch** brachte die Hoffnung zum Ausdruck, eine Formulierung für die Haustarifverträge als ein legitimes Mittel der Strukturanpassung zu finden. Die Stadt sei bestrebt, Strukturanpassungen vorzunehmen und werbe um die Unterstützung des Landes auch in finanzieller Hinsicht.

**Herr Dr. Meerheim** äußerte sich zu den Ausführungen von Frau Dr. Brock, dass ihre Fraktion nicht abstimmungsfähig sei, und merkte an, dass man sich im Vorfeld dazu verständigt habe, in der heutigen Sondersitzung einen Beschluss zu fassen.

Da die Finanzkürzungen durch das Land nicht verhindert werden konnten, muss mit dieser Situation umgegangen, und wie vom Gesetzgeber beschlossen, ein Strukturkonzept vorgelegt werden.

Aus diesem Grund könne er die ablehnende Haltung zur Beschlussfassung für ein Mandat des Oberbürgermeisters zur Verhandlungsführung mit dem Land nicht nachvollziehen.

Seine Fraktion ist der Meinung, dass man sich für eine Variante entscheiden und dazu auch öffentlich stehen müsse.

**Frau Dr. Wünscher** fragte an, weshalb eine Verlängerung der Haustarifverträge über das Jahr 2017 hinaus erfolgen soll. Ihrer Ansicht nach würden dann Mitarbeiter, die mittellang am Theater bzw. im Orchester sind, über die 15 Jahre Betriebszugehörigkeit und damit in die Unkündbarkeit kommen. Damit könne die Leistungsfähigkeit der Sparten nicht gestärkt werden.

Wenn die Verträge jedoch bis 2017 harmonisiert werden, dann ändere sich das und man habe ich Möglichkeit, personalwirtschaftlich zu arbeiten. Ziel müsse sein, nach den Strukturveränderungen eine gesunde Struktur in der GmbH zu haben.

Dazu teilte **Herr Rauschenbach** mit, dass es bei Auslaufen der Haustarifverträge und Springen in den Flächentarifvertrag ab 2017 bedeute, dass man sich dann Gedanken über eine zusätzliche Belastung des Haushaltes von 2 – 3 Mio. Euro machen müsste.

Es sei dann eine Entscheidung des Stadtrates, ob das Orchester mit Kündigungen angepasst oder an anderer Stelle im Haushalt gestrichen wird, um diese freiwillige Leistung in Höhe von 2 – 3 Mio. Euro zu finanzieren.

**Herr Rauschenbach** wies weiter darauf hin, dass Herrn Stiska zur favorisierten Variante dargestellt habe, dass er sich in der Lage fühle, die Verhandlungen mit den Tarifparteien zu den Haustarifverträgen und über einer weitere Absenkung im Orchesterbereich zu führen und die drei Haustarifverträge bis 2019 zeitlich zu verzahnen.

Wolle man jetzt aus dem Haustarifvertrag austreten, würde es ab dem Jahr 2017 eine zusätzliche Haushaltsbelastung bedeuten.

Laut Aussage von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sind die zusätzlichen Haushaltsbelastungen momentan nicht darstellbar. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass man sich nach wie vor in der Konsolidierung befinde.

**Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE**, brachte seine Verwunderung über die Vorlage zur Variante mit den Haustarifverträgen zum Ausdruck und zitierte aus der vergangenen Landtagssitzung, in welcher er und Herr Lange unter anderem zur Frage Haustarifvertrag und Strukturanpassungskonzept Anfragen an den Minister gestellt haben.

„Grundsätzlich gibt es seitens des Landes keine zwingenden strukturellen Vorgaben an die Stadt Halle, denn diese Entscheidung liegt letztlich allein beim Träger. Das Land gibt etwa 30,35 %, die Stadt Halle trägt zwei Drittel, deswegen erschließt sich das von selbst.

Wenn man jetzt bedenkt, dass im Kulturkonzept des Landes als Zielstellung auch weiterhin ein A-Orchester verankert ist und das auch der Wunsch besteht, aus den Haustarifverträgen rauszukommen, dann können sie das natürlich als Hinweis nehmen. Aber die Stadt ist frei, ihr eigenes Konzept zu erarbeiten.

Eine Zurückweisung eines Konzeptes seitens der Landesregierung erfolgte nicht. Bisher wurden zwar mehrere Verhandlungsrunden geführt, aber die Stadt hat bisher kein belastbares Gesamtkonzept vorgelegt.“

Daraufhin habe Herr Lange noch einmal nachgefragt, ob Haustarifverträge oder die Bereitstellung von Mitteln aus dem Strukturanpassungsfond für Haustarifverträge generell ausgeschlossen worden sind durch das Land.

Die Antwort des Kultusministers zitierte **Herr Knöchel** noch einmal aus dem Landtagsprotokoll:

„Ich kann nur wiederholen, es gibt keine zwingenden Vorgaben, sondern die Stadt macht das Konzept und tritt auf der Grundlage dieses Konzeptes und dann hoffentlich auch durchgerechnet und finanziell untersetzt, mit uns in entsprechende Verhandlungen. Dann muss man schauen, was die Stadt Halle am 31. Januar vorlegt.“

Insoweit halte er es für problematisch, heute die Variante 2 zu beschließen und mit Null Euro aus dem Strukturanpassungskonzept in die Verhandlungen zu gehen.

**Herr Knöchel** wies weiter darauf hin, dass letztlich die Entscheidung nicht durch das Kultusministerium getroffen wird, da das von der Stadt Halle vorgelegte Konzept im Kulturausschuss bewertet und dann im Finanzausschuss diskutiert wird.

Er halte es auch nicht für richtig, ein Konzept abzugeben, ohne Forderungen aus dem Strukturanpassungsfond geltend zu machen.

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, warnte vor einer heutigen Beschlussfassung und begründete dies damit, dass es nicht hilfreich sei, mit einem Beschluss dem Oberbürgermeister bei den Verhandlungen mit dem Land die Hände zu binden.

Er erinnerte daran, dass der Aufsichtsrat der TOO dem Oberbürgermeister auch nur eine Tendenz mit auf den Weg gab und keinen Beschluss gefasst habe.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, merkte an, dass die Vorzugsvariante Haustarifverträge auch erhebliche Nachteile habe, da Einbußen für die Beschäftigten hingenommen werden müssten.

Seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten, sollte im Beschluss der Satz „Der Stadtrat beschließt die Vorzugsvariante.“ bestehen bleiben. Ihrer Meinung nach sei es der falsche Weg, sich auf eine Variante festzulegen.

Auch **Frau Dr. Brock** wies noch einmal darauf hin, dass ihre Fraktion die Varianten nicht als Ziel einer Verhandlung mit dem Kultusminister auf Landesebene sehe. Der Beschluss gehe nicht weit genug und es könne nicht im vorausseilenden Gehorsam einer Kürzung zugestimmt werden.

Aus diesem Grund sind die Vorlagen für ihre Fraktion nicht abstimmungsfähig.

Desweiteren machte sie deutlich, dass bei Verhandlungen des Oberbürgermeisters mit dem Kultusminister klar sein müsse, was an kultureller Vorstellung das Ziel der ganzen Verhandlung sein soll. Es dürften nicht nur einzelne Zahlenkürzungen gegeneinander abgewogen werden,

Insofern müsse der Text des Beschlusses, wenn er zustimmungsfähig sein soll, dahingehend verändert werden, dass mit einer Erweiterungsoption nicht nur über die Minimalvariante verhandelt wird.

Sie stellte noch einmal klar, dass der Stadtrat zwar die Verantwortung für die große Linie mitzutragen habe, sie jedoch nicht jetzt schon die Personalstellenanzahl für 2017 beschließen wolle. Diese Einzelverhandlungen müssten an anderer Stelle geführt werden.

**Herr Bauersfeld, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, erklärte, dass er grundsätzlich gegen Haustarifverträge sei, da sie im Wesentlichen nichts verbessern würden.

In diesem Zusammenhang merkte er an, dass die Stadträte bei Vergaben, die von der Stadt getätigt werden, immer dafür seien, dass die Firmen, die die Aufträge bekommen, Tariftreue aufzeigen. Jetzt werde in einem eigenen Betrieb dies zur Seite geschoben.

Bezüglich der Haustarifverträge habe der Stadtrat keine Kompetenz, denn Haustarifverträge sind Sache der Tarifpartner und das sind die Gewerkschaft und der Arbeitgeber.

Aus diesem Grund könne man zum Beispiel auch nicht beschließen, dass mit den Musikern Verträge mit 20 % Reduzierung abgeschlossen werden sollen.

**Herr Bauersfeld** machte darauf aufmerksam, dass bisher wenig über das Konzept gesprochen und die Einnahmeseite gar nicht betrachtet wurde.

Seiner Meinung nach könne man bei den Maßstäben, die auch bei Vergaben gestellt werden, nur in Richtung Flächentarifvertrag gehen. Inwieweit die Tarifpartner und der Betriebsrat soziale Probleme durch Teilzeitvereinbarungen oder einen Haustarifvertrag abmildern, müsse denen überlassen werden.

Hinsichtlich der Varianten fragte **Herr Wolter** nach der Vergleichbarkeit und regte an, als Ziel den Flächentarif vorzusehen, weil er Sicherheit und Ausgewogenheit darstelle und vom Land bestimmte Forderungen eingeholt werden können.

Zur Variante 2 müsse kein Mandat an den Oberbürgermeister gegeben werden, denn damit werde angekündigt, dass man finanziell auskomme und keine weiteren Mittel brauche.

**Herr Stiska** erklärte, dass die Varianten nicht ganz vergleichbar seien.



Bei der Flächentarifvariante werde bei den Personen von Vollbeschäftigten gesprochen und bei den Haustarifen wurde der Verlust durch Gehaltsverzicht bzw. Verzicht an Arbeitsvermögen nicht dargestellt.

**Herr Bönisch** machte darauf aufmerksam, dass bei Variante 2 im Jahr 2014 eine Lücke in der Finanzierung der TOO in Höhe von 2,9 Mio. Euro klafft. Es sei der Landeszuschuss raus gerechnet, aber auch kein Aufwachsen der Haushaltsbelastung für die Stadt veranschlagt. In diesem Zusammenhang fragte er an, wo die Kompensation in der Haustarifvariante im Jahr 2014 stehe.

**Herr Rauschenbach** machte deutlich, dass in allen Varianten die Parameter klar beschrieben seien. Alle Kernzahlen sind dargelegt und zu jeder Variante gäbe es ausgearbeitete Wirtschaftspläne.

Im Jahr 2014 sei es tatsächlich so, dass die Zuschusskürzung des Landes wirksam wird und man aus der bestehenden Liquidität der TOO und aus den dann erfolgten Gesprächen, die Herr Stiska mit den Tarifparteien führt und auch aus anderen Einsparungen, der Auffassung ist, dass im Jahr 2014 keine Notwendigkeit besteht, der TOO aus dem Stadthaushalt zusätzliches Geld zuzuführen. Das heißt, die TOO kommt im Jahr 2014 unter den Prämissen, mit der bestehenden Liquidität, zurecht.

**Herr Bönisch** wies darauf hin, dass man damit dem Land signalisiere, das Geld nicht zu brauchen. Er sei mit den Feinheiten in den einzelnen Varianten nicht einverstanden und deshalb könne auch kein Beschluss zu dem konkreten Papier gemacht werden, sondern es könne nur ein Trend aufgezeigt werden.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, stellte fest, dass man in der Diskussion zur TOO bisher noch nicht vom technischen Personal gesprochen habe, welches auch bei den Haustarifverträgen bleiben möchte, um ihre Arbeitsplätze zu sichern.

Zur vorgeschlagenen Option Haustarifvertrag mit Sprung in den Flächentarifvertrag merkte sie an, dass man dann ab 2019 vor dem gleichen Problem stehen werde.

**Herr Knöchel** erinnerte daran, dass er schon im Jahr 2010 in einem Kulturausschuss nach den Positionen für Verhandlungen bei Auslaufen der Theaterverträge gefragt und als Antwort von der Verwaltung darauf hingewiesen wurde, dass man noch nicht wisse, was das Land zur Verfügung stellt.

Ebenso kritisierte er die Ankündigung von Herrn Krause über die Stimmenthaltung seiner Fraktion bei der Abstimmung eines Beschlusses.

Bezüglich der beiden vorgeschlagenen Varianten und den Verhandlungen des Oberbürgermeisters mit dem Land merkte **Herr Knöchel** an, dass auf jeden Fall eine Strukturanpassung stattfinde und über die strukturbedingten Kosten mit dem Land verhandelt werden müsse.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** führte noch einmal aus, dass die aufgezeigten Alternativen nicht das Verhandlungsmandat darstellen. In der vorliegenden Darstellung habe man Annahmen eingesetzt, um Varianten aufzuzeigen.

Der Oberbürgermeister werde beim Land konkret verhandeln. Dabei ist die entscheidende Frage, ob das Land Strukturanpassungsmittel vergibt, wenn Haustarife fortgesetzt werden.

**Herr Häder** wies darauf hin, dass die Variante Haustarifvertrag das eigentliche Problem nicht löse, da es dann im Jahr 2019 eine Lücke im Haushalt geben wird.

Bei der Variante Flächentarifvertrag gebe es eine klare Zielsetzung mit am Ende 419 Stellen und es müsse ein Weg gefunden werden, dieses Ziel zu erreichen.

Seiner Meinung nach bilde der Flächentarif eine verlässliche Grundlage, um die Zukunft der TOO dauerhaft zu sichern. Man müsse abwarten, mit wie viel Personen durch eine Teilzeinitiative die Zahl der Vollbeschäftigungseinheiten aufgefüllt werden könne.

Es sollte das Ziel des Oberbürgermeisters sein, so viel wie möglich an Strukturanpassungshilfen zu bekommen und vielleicht darüber hinaus eine Zusage durch das Land, dass es akzeptiert, dass die Endstruktur vielleicht nicht bei 419 sondern bei 430 liegt.

Bezogen auf die Aussagen von Herrn Stiska fragte **Herr Misch, CDU-Fraktion** nach einer Aussage, welcher finanzieller Ausfall an Einnahmen durch den Wegfall der Doppelbespielungen eintreten wird. Aus den vorliegenden Papieren gehe nicht hervor, ob eventuell die Doppelbespielung mehr Geld einbringt als die Reduzierung des Gehaltes um 10 %.

Dazu äußerte sich **Herr Stiska** dahingehend, dass viel weniger Einnahmen erlöst werden, als die Personalkosten teuer sind. Auch habe man am Theater Freiräume, da während der Saisonzeiten sehr besucherintensiv gearbeitet wird und es auf der anderen Seite dafür Freizeit gäbe.

Er bemerkte weiter an, dass die Verwaltungserfahrung, was die Arbeitszeit betreffe, nicht auf ein Theater übertragen werden könne. Mit dem Chor, dem Ballett oder mit den Sängern sei es nicht machbar, individuelle Absprachen über die Verkürzung der Arbeitszeit zu treffen, da das künstlerische Personal keine stundenmäßige Arbeitszeit habe, die reduziert werden könnte.

**Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, informierte darüber, dass ein Antrag vorliege, der durch die Fraktion DIE LINKE, als ein Teil der Antragsteller, modifiziert wurde und verlas den geänderten Antrag.

Der Beschlusspunkt 1 bleibt so erhalten, wie er vorliegt.

Statt des Satzes „Der Stadtrat beschließt die Vorzugsvariante.“ wird eingefügt:  
*„Der Stadtrat tendiert zur Variante 2 (Fortsetzung der Haustarifverträge) und fordert den Oberbürgermeister auf, ein Höchstmaß an Mitteln aus dem Strukturanpassungsfond sowie für die Dynamisierung der Tariflöhne zu verhandeln.“*

Dann gelte wieder der Beschlusspunkt 2.

**Herr Bartl** informierte, dass ein weiterer Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM vorliege und er verlas den geänderten Beschlusspunkt:

Der Beschlusspunkt 1 bleibt so erhalten, wie er vorliegt.  
Beschlusspunkt 2 wird wie nachfolgend geändert:

**2. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister die Verhandlungen mit dem Ziel der frühestmöglichen Wiedereingliederung in den Flächentarifvertrag, verbunden mit Teilzeitangeboten, zu führen. Als Eckpunkte werden für die Verhandlungen angestrebt:**

- **Vergütungserhöhung auf dem Niveau des Flächentarifes mit Wirkung für den Bereich der**
  - **Bühne/Sonstige zum 1.8.2015**
  - **Musiker zum 1.8.2017**
- **Freiwillige Vergütungsanpassung durch Teilzeitverträge**
- **Stundenreduzierung um 10 bis 20 %**

- Erreichung der personellen Zielstruktur zum 1.8.2019
- Beteiligung des Landes an der Finanzierung von einmaligen Strukturpassungsmaßnahmen (Personalabbau Modelle, Abfindungen)

Beschlusspunkt 3 bleibt wie vorliegend erhalten.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, informierte im Namen ihrer Fraktion darüber, dass beim modifizierten Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, eine Änderung dahingehend erfolge, dass im Bereich Bühne/Sonstiges eine Harmonisierung zum 01.08.2017 herbeigeführt werde.

**Herr Bartl** bat um Abstimmung der von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Änderung.

**zu 8.1.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM im Stadtrat Halle (Saale) zum Verhandlungsmandat des Oberbürgermeisters zur strukturellen Weiterentwicklung der Theater, Oper und Orchester GmbH  
Vorlage: V/2014/12536**

---

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich zugestimmt**

**geänderter Beschluss**

Der Beschlusstext wird mit dem Beschlusspunkt 2 ergänzt, der bisherige Punkt 2 wird zu Punkt 3:

Der Stadtrat beschließt:

1. das Verhandlungsmandat des Oberbürgermeisters für das Gespräch mit dem Kultusminister zur strukturellen Weiterentwicklung der Theater-, Oper- und Orchester GmbH auf der Grundlage der Informationsvorlage „TOO GmbH – Strukturkonzept der Stadt Halle (Saale)“.  
~~Der Stadtrat beschließt die Vorzugsvariante.~~
2. **Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister die Verhandlungen mit dem Ziel der frühestmöglichen Wiedereingliederung in den Flächentarifvertrag, verbunden mit Teilzeitangeboten, zu führen. Als Eckpunkte werden für die Verhandlungen angestrebt:**
  - Vergütungserhöhung auf dem Niveau des Flächentarifes mit Wirkung für den Bereich der
    - Bühne/Sonstige zum 1.8.2015-2017
    - Musiker zum 1.8.2017
  - Erreichung der personellen Zielstruktur von 419 Vollzeitstellen zum 1.8.2019
  - Durchführung einer Teilzeitinitiative, um die personelle Zielstruktur ohne betriebsbedingte Kündigungen zu erreichen
  - Beteiligung des Landes an der Finanzierung von einmaligen Strukturpassungsmaßnahmen (Personalabbau Modelle, Abfindungen)

3. Der Oberbürgermeister unterrichtet die Fraktionen umgehend schriftlich über die Ergebnisse der Verhandlungen.

Herr Bartl bat um Abstimmung des so geänderten Änderungsantrages.

**zu 8.1.2.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM im Stadtrat Halle (Saale) zum Verhandlungsmandat des Oberbürgermeisters zur strukturellen Weiterentwicklung der Theater-, Oper- und Orchester GmbH - Vorlagen-Nr.: V/2014/12536  
Vorlage: V/2014/12538**

---

**Abstimmungsergebnis:                    mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Beschlusstext wird mit dem Beschlusspunkt 2 ergänzt, der bisherige Punkt 2 wird zu Punkt 3:

Der Stadtrat beschließt:

1. das Verhandlungsmandat des Oberbürgermeisters für das Gespräch mit dem Kultusminister zur strukturellen Weiterentwicklung der Theater-, Oper- und Orchester GmbH auf der Grundlage der Informationsvorlage „TOO GmbH – Strukturkonzept der Stadt Halle (Saale)“.  
~~Der Stadtrat beschließt die Vorzugsvariante.~~
2. **Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister die Verhandlungen mit dem Ziel der frühestmöglichen Wiedereingliederung in den Flächentarifvertrag, verbunden mit Teilzeitangeboten, zu führen. Als Eckpunkte werden für die Verhandlungen angestrebt:**
  - **Vergütungserhöhung auf dem Niveau des Flächentarifes mit Wirkung für den Bereich der**
    - **Bühne/Sonstige zum 1.8.2015 2017**
    - **Musiker zum 1.8.2017**
  - **Erreichung der personellen Zielstruktur von 419 Vollzeitstellen zum 1.8.2019**
  - **Durchführung einer Teilzeitinitiative, um die personelle Zielstruktur ohne betriebsbedingte Kündigungen zu erreichen**
  - **Beteiligung des Landes an der Finanzierung von einmaligen Struktur Anpassungsmaßnahmen (Personalabbau Modelle, Abfindungen)**
3. Der Oberbürgermeister unterrichtet die Fraktionen umgehend schriftlich über die Ergebnisse der Verhandlungen.

zu 8.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) sowie MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Verhandlungsmandat des Oberbürgermeisters zur strukturellen Weiterentwicklung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle**  
Vorlage: V/2014/12539

---

**Abstimmungsergebnis:** erledigt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

1. das Verhandlungsmandat des Oberbürgermeisters für das Gespräch mit dem Kultusminister zur strukturellen Weiterentwicklung der Theater-, Oper- und Orchester GmbH auf der Grundlage der Informationsvorlage „TOO GmbH – Strukturkonzept der Stadt Halle (Saale)“.  
~~Der Stadtrat beschließt die Vorzugsvariante.~~  
**Der Stadtrat tendiert zur Variante II (Fortsetzung der Haustarifverträge) und fordert den Oberbürgermeister auf, ein Höchstmaß an Mitteln aus dem Strukturanpassungsfonds sowie für die Dynamisierung der Tariflöhne zu verhandeln.**
2. Der Oberbürgermeister unterrichtet die Fraktionen umgehend schriftlich über die Ergebnisse der Verhandlungen.

zu 8.1 **Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) sowie MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Verhandlungsmandat des Oberbürgermeisters zur strukturellen Weiterentwicklung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle**  
Vorlage: V/2014/12534

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**geänderter Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt:

1. das Verhandlungsmandat des Oberbürgermeisters für das Gespräch mit dem Kultusminister zur strukturellen Weiterentwicklung der Theater-, Oper- und Orchester GmbH auf der Grundlage der Informationsvorlage „TOO GmbH – Strukturkonzept der Stadt Halle (Saale)“.
2. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister die Verhandlungen mit dem Ziel der frühestmöglichen Wiedereingliederung in den Flächentarifvertrag, verbunden mit Teilzeitangeboten, zu führen. Als Eckpunkte werden für die Verhandlungen angestrebt:
  - Vergütungserhöhung auf dem Niveau des Flächentarifes mit Wirkung für den Bereich der
    - Bühne/Sonstige zum 1.8.2017
    - Musiker zum 1.8.2017

- Erreichung der personellen Zielstruktur von 419 Vollzeitstellen zum 1.8.2019
- Durchführung einer Teilzeitinitiative, um die personelle Zielstruktur ohne betriebsbedingte Kündigungen zu erreichen
- Beteiligung des Landes an der Finanzierung von einmaligen Strukturanpassungsmaßnahmen (Personalabbau Modelle, Abfindungen)

3. Der Oberbürgermeister unterrichtet die Fraktionen umgehend schriftlich über die Ergebnisse der Verhandlungen.

## **zu 9            schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 9.1        Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Stellplatzsituation im Gesundbrunnenviertel Vorlage: V/2013/12171**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

### **zu 9.2        Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Rettungskonzept an der ICE-Strecke Halle-Erfurt Vorlage: V/2013/12314**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

### **zu 9.3        Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu den Planungen der Stadt zur Verbesserung des Hochwasserschutzes Vorlage: V/2013/12315**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

### **zu 9.4        Anfrage des Stadtrates Raik Müller (CDU) zum Zustand des Hechtgrabens in Dölau Vorlage: V/2013/12253**

---

**Herr Müller** wies darauf hin, dass die Stellungnahme der Verwaltung nicht mit den Aussagen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu diesem Thema übereinstimmen und fragte an, ob es möglich wäre, einen Vor-Ort-Termin mit den betroffenen Bürgern zu organisieren.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, nahm die Anregung von Herrn Müller auf und sagte einen Vor-Ort-Termin zu diesem Thema zu.

**zu 9.5      Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Parkkonzept am Stadion "Erdgas Sportpark"**  
**Vorlage: V/2013/12278**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.6      Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" (Vorlagen-Nr.: V/2013/11896)**  
**Vorlage: V/2013/12174**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.7      Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Verkehrsführung am August-Bebel-Platz**  
**Vorlage: V/2013/12276**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.8      Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zum Raumkonzept des FB 24**  
**Vorlage: V/2013/12284**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.9      Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Grund- und Schichtwassersituation Halle/Seeben**  
**Vorlage: V/2013/12312**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.10     Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Online-Katalog der Stadtbibliothek Halle**  
**Vorlage: V/2013/12301**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Umfang und Kosten des Projektes "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee"**  
**Vorlage: V/2013/12302**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Halle-Pass**  
**Vorlage: V/2013/12303**

---

**Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wies bezüglich der Stellungnahme der Verwaltung darauf hin, dass nicht beantwortet wurde, welche Strategie die Stadt zukünftig mit dem Halle-Pass verfolge.

Ebenso wurde die Frage nicht beantwortet, wie viel Kinder betroffen sind, wenn das Hortessen über Bildung und Teilhabe nicht mehr finanzierbar sei.

Auf die Nachfrage zum Halle-Pass führte **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, aus, dass in der Antwort der Verwaltung dargestellt wurde, dass der Halle-Pass auch zukünftig erhalten bleibe. Jedoch werde die Finanzierung zu den Gesellschaften nicht mehr übernommen. Jede Gesellschaft könne eigenständig entscheiden, ob sie den Halle-Pass weiter beibehalten.

Zum Thema Hortessen teilte **Herr Beigeordneter Kogge** mit, dass ihm nur ein Träger bekannt sei, der erklärt habe, eine andere Form zu wählen. Andere Schwierigkeiten seien der Verwaltung nicht bekannt.

**Frau Krausbeck** machte deutlich, dass es bei der Anfrage zum Halle-Pass darum ging, wie dieser zukünftig inhaltlich ausgestaltet sein wird. Das alles beim alten bleiben soll und nur die Unternehmen keine Ausgleichszahlungen mehr erhalten, sei keine Strategie.

**zu 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Laubsaugern und Laubbläsern**  
**Vorlage: V/2013/12304**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand Breitbandverfügbarkeit und -ausbau**  
**Vorlage: V/2013/12305**

---

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, informierte darüber, dass es bei der Anfrage darum ging, die Verfügbarkeit von Breitbandverbindungen in der Stadt Halle zu forcieren und man nach dem aktuellen Stand der Umsetzung gefragt habe.



Die Antwort der Verwaltung sei sehr unbefriedigend und **Herr Weirich** fragte nach, wann die Machbarkeitsstudie erstellt wird.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, machte deutlich, dass die Erstellung der Machbarkeitsstudie vorangetrieben und Gespräche mit dem Land zeitnah aufgenommen werden.

**zu 9.15**     **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu in den Jahren 2011 und 2012 in Auftrag gegebenen Gutachterleistungen**  
**Vorlage: V/2013/12306**

---

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der Stadtratssitzung am 26.02.2014.

**zu 9.16**     **Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Übereinstimmung des geplanten Bauvorhabens im Rahmen des Bebauungsplanverfahren 162 mit der Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt**  
**Vorlage: V/2013/12184**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.17**     **Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zum geplanten Bauvorhaben im Geltungsbereich des Bebauungsplanverfahrens 162 im Vergleich zu einem GWG-Projekt am Hubertusplatz**  
**Vorlage: V/2013/12182**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.18**     **Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Verwertung des Grundstücks im Geltungsbereich des Bebauungsplanverfahrens 162 im Heideweg**  
**Vorlage: V/2013/12180**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.19**     **Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu einem Beweissicherungsverfahren im Rahmen der Abrissarbeiten und späterer Baumaßnahmen im Geltungsbereich des Bebauungsplanverfahrens 162 im Heideweg**  
**Vorlage: V/2013/12179**

---

**Herr Sieber, fraktionslos**, informierte, dass es zwar eine Antwort auf seine Anfrage gegeben hat, welche jedoch von der GWG ausgestellt wurde. Mit dieser Antwort sei er nicht

einverstanden und er verwies darauf, dass er eine Antwort der Verwaltung dazu erwartet habe.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, nahm die Kritik an und sagte eine Korrektur zu.

**zu 9.20    Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu in Bearbeitung befindlichen  
Bebauungsplänen  
Vorlage: V/2013/12178**

---

**Herr Sieber, fraktionslos**, erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden und bat um Nachbesserung.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, sagte eine nochmalige Beantwortung zu.

**zu 9.21    Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zum Einsatz von Straßenborden  
Vorlage: V/2013/12308**

---

**Herr Sieber, fraktionslos**, merkte dazu an, dass er die Anfrage noch einmal schriftlich einreichen werde, da er mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden sei.

**zu 9.22    Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Führung des Radverkehrs in der  
Heideallee  
Vorlage: V/2013/12309**

---

Bezüglich seiner Anfrage machte **Herr Sieber, fraktionslos**, den Vorschlag, eine Radspur mit einer gestrichelten Linie zu markieren, über welche die Autos fahren können und gleichzeitig die Radfahrer eine Radspur hätten.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, sagte zu, die Anregung aufzunehmen und zu prüfen.

**zu 9.23    Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zu Vorgaben der HAVAG zu  
einzuhaltenden Abständen der Straßenbahnen zu Fahrrädern und  
Beachtung der StVO  
Vorlage: V/2013/12310**

---

**Herr Sieber, fraktionslos**, erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden.

Er wies darauf hin, dass er seine gesamten Fragen noch beantwortet haben möchte.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft,** sagte eine nochmalige Beantwortung der von Herrn Sieber gestellten Fragen zu.

**zu 9.24    Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Finanzierung des Fußwegebaus zwischen der Haltestelle Am Heidensee und dem Gleisübergang  
Vorlage: V/2013/12311**

---

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft,** sagte eine nochmalige Beantwortung zu.

**zu 9.25    Anfrage des Stadtrates Olaf Sieber zur Sicht der Verwaltung auf die weitere Vorgehensweise im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens 162  
Vorlage: V/2013/12316**

---

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft,** sagte eine nochmalige Beantwortung zu.

**zu 9.26    Anfrage der CDU-Fraktion zum Bürgerhaushalt  
Vorlage: V/2014/12380**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.27    Anfrage der CDU-Fraktion zum Osendorfer See  
Vorlage: V/2014/12381**

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion,** bat um eine Ergänzung durch die Verwaltung, weshalb der offene Durchbruch im Straßendamm nicht geschlossen wurde.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft,** sagte eine erneute Beantwortung zu.

**zu 9.28    Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zum Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße  
Vorlage: V/2014/12382**

---

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion,** erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden und bat um eine klare Positionierung der Stadtverwaltung dazu.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft,** sagte eine Beantwortung im Planungsausschuss zu.

**zu 9.29    Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu Spontanpartys in Halle (Saale)**  
**Vorlage: V/2013/12376**

---

Bezüglich der Antwort der Verwaltung bat **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, um eine weitere Differenzierung der Beschwerden zu Spontanpartys und um eine Diskussion im Ordnungsausschuss zu diesem Thema.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte zu, eine Differenzierung der Beschwerden zu veranlassen.

**zu 9.30    Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Vorlagen-Nr.: V/2013/11898 – Sitzung des Stadtrates vom 27.11.2013**

**-Anpassung und Neuausweisung der räumlichen Schwerpunkte (Fördergebiete) zur Gebäudesicherung an den Programmfortschritt sowie Verlängerung des Förderzeitraumes für diese Schwerpunktbereiche-**  
**Vorlage: V/2014/12385**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.31    Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Nutzungsverträgen für Garagengemeinschaften**  
**Vorlage: V/2013/12364**

---

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der Stadtratssitzung am 26.02.2014.

**zu 9.32    Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur neuen Ampelanlage am Riebeckplatz**  
**Vorlage: V/2013/12365**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.33    Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Halle**  
**Vorlage: V/2013/12366**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.34    Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu den Kosten der  
Unterkunft  
Vorlage: V/2013/12367**

---

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der Stadtratssitzung am 26.02.2014.

**zu 9.35    Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung des Halle-  
Passes  
Vorlage: V/2014/12403**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.36    Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Abfallgebührensatzung  
der Stadt Halle (Saale) (Vorlage: V/2013/11777)  
Vorlage: V/2014/12404**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.37    Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (Fraktion MitBÜRGER für Halle -  
NEUES FORUM) zum Neubau eines Katastrophenschutzentrums  
Vorlage: V/2014/12394**

---

**Herr Bauersfeld, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, erklärte sich mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden und bat um weitere Informationen zum Neubau des Katastrophenschutzentrums.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte mit, dass sich durch die Erklärung des Landes zum Neubau des Damms der Punkt erledigt habe, da das Katastrophenschutzzentrum damit sicher sei.

**zu 9.38    Anfrage des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zur  
Geschäftsordnung des Stadtrates  
Vorlage: V/2014/12391**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.39    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fahrradabstellanlagen  
im öffentlichen Straßenraum  
Vorlage: V/2014/12389**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.40    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Planetarium auf der  
Peißnitzinsel  
Vorlage: V/2014/12393**

---

**Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, kritisierte die Beantwortung der Anfrage seiner Fraktion durch die Verwaltung und machte darauf aufmerksam, dass ein Schriftverkehr zwischen dem Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement und der Kinderstadt zu diesem Thema vorliege.

Weiterhin fragte er an, ob das für Anfang Februar anvisierte Gutachten eingesehen werden könne.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, teilte dazu mit, dass in der Antwort der Verwaltung darauf hingewiesen wurde, erst das Gutachten bezüglich der Standfestigkeit des Gebäudes abzuwarten. Dieses Gutachten liege noch nicht vor.

**Herr Feigl** übergab an Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, den Schriftverkehr zwischen dem EB ZGM und der Kinderstadt zu Kenntnis.

**zu 9.41    Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und  
Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Bereich der Hochwasser-  
schutzanlage Gimritzer Damm  
Vorlage: V/2014/12397**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wies darauf hin, dass es in der Anfrage ihrer Fraktion um die Nachpflanzung der Abrodungen zugunsten des ursprünglich vorgesehenen Gimritzer Damms ging und die Antworten der Verwaltung dazu nicht nachvollziehbar seien.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** stellte klar, dass die Fragen korrekt beantwortet sind und keine weiteren Stellungnahmen der Verwaltung dazu erfolgen werden.

**zu 9.42    Anfrage des Stadtrates Gerhard Pitsch (NPD) zur Schule am  
Niedersachsenplatz  
Vorlage: V/2014/12399**

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

## zu 10      **Mitteilungen**

---

### **Mitteilung Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Antrag seiner Fraktion zum MMZ**

---

**Herr Bönisch** kündigte an und teilte mit, dass seine Fraktion im Finanzausschuss einen Dringlichkeitsantrag dahingehend stellen werde, den Antrag der CDU-Fraktion zum MMZ aus der Januarratssitzung im Finanzausschuss dringlich zu behandeln. Gleiches werde zur kommenden Stadtratssitzung erfolgen.

## zu 11      **mündliche Anfragen von Stadträten**

---

### **Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Jägerplatzschule**

---

**Frau Wolff** fragte nach den weiteren Planungen der Verwaltung zur Jägerplatzschule.

Dazu teilte **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, mit, dass die Schule übergeben wurde.

Durch **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, wurde ergänzt, dass die Universität eine geplante Nutzung des Gebäudes abgesagt habe. Die Schule werde jetzt zur weiteren Vermarktung vorbereitet und ein neuer Nutzer gesucht.

## zu 12      **Anregungen**

---

### **Anregung Herr Bauersfeld, Fraktion Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM,**

---

Bezogen auf die Diskussion um das Mandat des Oberbürgermeisters zu den Verhandlungen mit dem Land zur TOO regte **Herr Bauersfeld** an, zukünftig diese Themen in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.

### **Anregung Herr Bauersfeld, Fraktion Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Hochwasserschäden**

---

**Herr Bauersfeld** stellte fest, dass er in den Diskussionen um die Hochwasserschäden den Eindruck gewonnen habe, dass viele Stadträte über den Katastrophenschutz der Stadt nicht ausreichend informiert sind. Er regte an, bei Katastrophenschutzübungen eine begrenzte Anzahl von Stadträten als Zuschauer einzuladen.

**zu 13      Anträge auf Akteneinsicht**

---

Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete den öffentlichen Teil der Sondersitzung des Stadtrates.

---

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

---

Harald Bartl  
Vorsitzender des Stadtrates

---

Kirsten Sommer  
stellv. Protokollführerin

**Anlage 1**

Theater, Oper und Orchester GmbH Halle – Strukturkonzept der Stadt Halle (Saale)